

BÜRGERDIALOG HOHENBRUNN

PROTOKOLL DES VERBANDSGESPRÄCHS IM RATHAUS IN HOHENBRUNN AM 18. JULI 2018

Mittwoch, den 18. Juli 2018

I. RAHMENDATEN

Ort: Rathaus

Uhrzeit: 17:30 – 19:30 Uhr

Teilnehmer: Sechs Vertreter von Verbänden, Erster Bürgermeister, zwei Mitarbeiter von Hendricks & Schwartz

Behindertenbeirat: Wolfgang Mathis

Seniorenbeirat: Ingeborg Kessler mit Begleitung

Bauernverband: Benno Maier jun. (Vertretung für Lorenz Ballauf)

Agenda 21: Erich Fechner

Gewerbeverband: Herr Breuer (In Vertretung für Herrn Gott)

Arbeitskreis Luitpoldsiedlung: Herr Mieszkowski (in Vertretung für Herrn Haucke)

Gemeinde Hohenbrunn: Herr Dr. Straßmair, Erster Bürgermeister

Hendricks & Schwartz: Daniel Schreyer (Protokoll ab 19.00 Uhr)

Hendricks & Schwartz: Joanna Möst (Protokoll bis 19.00 Uhr)

Ziele: Erläuterung und Diskussion des verkehrlichen Ist-Zustandes, verschiedener Varianten einer Ortsumgehung sowie der verschiedenen Themen der Ortsentwicklung in Hohenbrunn

Unterlagen: Flyer „Trassenalternativen“

II. RAHMEN DER VERANSTALTUNG UND DISKUSSIONSTHEMEN

Die Veranstaltung fand im Besprechungsraum des Rathauses Hohenbrunn statt. Anwesend waren Vertreter verschiedener örtlicher Verbände. Der Bürgermeister gab eine kurze Einführung, es wurde beschlossen, das Protokoll nach Abstimmung zu veröffentlichen, jedoch ohne den Beiträgen Namen zuzuordnen. Nach einer Einführung in den Verfahrensprozess durch Hendricks & Schwartz, wurde durch den Ersten Bürgermeister in die Themenblöcke, welche im Bürgerdialog besprochen worden waren, eingeführt. Ein Fazit der ersten Veranstaltungen sei die grundsätzliche Bereitschaft einer großen Zahl der bisher im Dialog beteiligten Bürger, eine weitere Ortsentwicklung in Hohenbrunn zuzulassen. Man sei sich der Chancen aber auch der Risiken bewusst, nun käme es auf eine Konkretisierung und Priorisierung an.

Das Gespräch mit den Verbandsvertretern wurde in die Themenbereiche Ortsumfahrung sowie Ortsentwicklung unterteilt. Hierbei wies der Bürgermeister auf die Korrelation beider Themenbereiche hin. Es wurde angemerkt, dass eine Wiederholung der Sitzung in ähnlicher Runde nach dem Sommer ggf. möglich sei.



III. DISKUSSION ORTSUMFAHRUNG

Es wurden alle Trassenvarianten angesprochen. Der Flyer „Trassenalternativen Stand 2012“ wurde als Informationsgrundlage genommen. Der Bürgermeister gab einen Input zur derzeitigen Verkehrsbelastung. Zudem nannte er Details zu jeder Trassenalternative:

- Variante 1a (Ausbau Luitpoldstraße)

Diese sei schon lange in der Diskussion. Derzeit wird eine Öffnung der Unterführung geprüft. Eine Verschwenkung der Straße sei mittlerweile nicht mehr möglich. Man könnte durch Lärmschutz vorsorgen oder einen Tunnel bauen. Dieser würde jedoch 20 Millionen Euro kosten, weshalb man sich auch andere Alternativen ansehe.

- Variante 1b (Süd-Umfahrung)

Diese Trasse würde die Rodungsinsel sowie Felder durchschneiden. Auch ein Kreuzungsbau sowie eine Bahnunterführung seien dafür nötig. Das Straßenbauamt betrachtet die Durchkreuzung des Waldes zur Rosenheimer Straße sowie den Anschluss an die Rosenheimer Straße als schwierig.

- Variante 1c (Süd-West-Umfahrung)

Diese Variante würde den neuen Ortsteil erschließen. Grundstücksfragen würden sich leichter lösen lassen. Diese allein wird aber keine Umgehung bedeuten, sondern lediglich eine Entlastung der Dorfstraße. Sie müsste also fortgeführt werden.

- Varianten 2 a, b und c (Ost-Umfahrung)

Diese seien für das Gewerbegebiet interessante Lösungen, da sie schnell auf die Autobahn führen würden. Allerdings stellten sich ebenso Nachteile heraus. Auch diese Varianten wären länger als andere, sie führten am ökologisch empfindlichen Waldrand vorbei, welcher die letzte freie Flanke von Hohenbrunn darstelle. Die Grundstückseigentümer werden die Bereitstellung der Grundstücksflächen erschweren. Im Falle von Stau auf der Autobahn, würde dann der Verkehr direkt an der Luitpoldsiedlung vorbeiziehen um auf die Staatsstraße 2078 zu kommen.

- Varianten 3 a und b

Dies wäre eine Entlastung der B471, jedoch bestehen hier einige Schwierigkeiten: die Straße ist recht lang, sie läge im Naherholungsgebiet zwischen der Autobahn und Riemerling bzw. Autobahn und Hohenbrunn und der Grunderwerb wird schwierig werden. Letztlich sei es auch Aufgabe des Bundes, auf der Autobahn zu entlasten. Falls das Kreuz München-Süd in der Zukunft ausgebaut werden sollte, würde dies ohnehin schon eine Entlastung bedeuten.



1. HÄUFIGE FRAGEN/WORTMELDUNGEN

- *Frage:* Es wurde der Antrag zu einer neuen Variante vorgebracht. Diese sei schon am Themenabend Ortsumfahrung diskutiert worden. Es wäre eine 2 a, die ortsnah die Ostseite umfahren würde. Dies bringe Flächen- und Kostenminimierung sowie Lärminderung mit sich. Auch das MUNA-Gelände würde entlastet werden. Der Einwand zum Vorschlag war damals die unmögliche politische Durchsetzbarkeit gewesen.

Der Erste Bürgermeister erläutert, dass diese Variante ebenso die Rohdungsinsel durchschneiden und den Ort vom Wald trennen würde. Zudem sei der Flächenerwerb schwierig und die Bebauung würde nah an die Straße rücken.

- *Frage:* Auch die Möglichkeit der Null-Variante wurde eingeworfen. Es stellt sich die Frage, ob man so schnell eine Trasse bauen könne, wie der Verkehr zunimmt oder ob nicht alle mit dem Mehrverkehr leben werden und allgemein vom „Gaspedal gehen“ müssen. Das Geld könne man stattdessen in die Naherholung investieren. Es wurde angemerkt, dass man sich intensiv Gedanken machen solle, wohin ein Trassenbau führen würde.
- *Frage:* Eine weitere mögliche Idee bestünde schon seit den 90er Jahren. Die Alternative würde parallel südlich der Luitpoldstraße liegen, sei aber mit einem übergeordneten System möglich. Es handelt sich um eine „Kompaktstraße“, die südlich der Höhenkirchener Fabriken am Sportgelände vorbei zur Rosenheimerstraße und dann zur Autobahn verlaufen würde. Dies sei eine Totalentlastung für viele Gebiete. Es sollte mit mehreren Gemeinden, nicht nur mit Höhenkirchen, dessen Grund betroffen wäre, besprochen werden.

Der Erste Bürgermeister merkt an, dass dies schon einmal besprochen worden sei, Höhenkirchen jedoch keine Straße bauen möchte, sondern auf die bestehende Luitpoldstraße als Entlastungsmöglichkeit verweise.

- *Anmerkung:* Mehrfach wurde die Sorge geäußert, dass der Verkehr von Österreich nicht mehr einzubremsen wäre und vom Irschenberg auf das Kreuz Brunnthal zuwandere. Dem könne Hohenbrunn sich nicht entziehen. Die Probleme würden wachsen.
- *Anmerkung:* Ein Teilnehmer wand ein, dass die Straßen voll sein würden, falls keine Alternative gefunden würde. Jedoch würde eine neue Straße auch mehr Verkehr anziehen. Diese Möglichkeit der gesteigerten Attraktivität durch neue Straßen wurde lange diskutiert. Der Erste Bürgermeister bekräftigte, dass der Verkehr aus dem Ortszentrum herausgeholt werden müsse. Man verweist auf die Verkehrsgutachten. Diese besagen, dass es Entlastungswirkungen geben wird, jedoch der Verkehr weiterhin steigen würde. In manchen Straßen sei das für 2025 prognostizierte Verkehrsaufkommen schon jetzt erreicht. Man hält fest, dass eine Sogwirkung entstehen wird.



- *Anmerkung:* Es wurde angemerkt, dass momentan eine Untersuchung gemacht werde, ob die Luftbelastung in Hohenbrunn den europäischen Richtlinien entspricht. Ggf. könnte man einen Luftreinhalteplan aufstellen und Fahrverbote aussprechen.
- *Anmerkung:* Bei einem Ausbau der Autobahn solle man von einer Autobahnparallele absehen.
- *Anmerkung:* Zwei Verbände zeigten sich mit allen Alternativen unzufrieden und tendierten zu keiner Veränderung. Vor allem ein kompletter Ausschluss des Schwerverkehrs sei nicht zu erreichen.
- *Anmerkung:* Die Variantendiskussion wird kritisiert. Es würde ohnehin nichts umgesetzt oder einfach mit der billigsten Variante (Mauer) geplant. Über einen Tunnel werde gar nicht diskutiert.

Der Erste Bürgermeister weist auf die Pläne des Tunnels hin, die online abrufbar sind. Er fügt hinzu, dass die Idee lediglich aufgrund der Kosten zurückgestellt ist.

- Mehrheitlich tendiert man nicht zu einzelnen Trassen sondern zu Kombinationen dieser. Auch sollte man nicht von Entlastung sprechen, sondern dies als Maßnahme gegen die Mehrbelastung sehen.
- Einen langen Zeitraum nimmt die Diskussion über die Frage ein, ob die Beeinträchtigung des Naherholungsgebietes durch eine Osttrasse starke Ablehnung erwarde.
 - Einige Verbände lehnen sofort ab.
 - Andere glauben, dass dies letzten Endes die einzige Möglichkeit sei und man darauf nicht verzichten kann. Eine Zerschneidung der Rodungsinsel würde in jedem Falle passieren.
 - Die Bürger von Riemerling würde diese Diskussion weniger betreffen. Für sie ist das nicht das nächste Erholungsgebiet.
 - Erneut erscheint das Argument, dass neue Straßen nur mehr Verkehr anziehen würden.
- *Anmerkung:* Straßenbau ziehe zudem allgemeine Bebauung an. Darum solle dem Entwicklungsplan entsprechend gen Westen gebaut werden.

Die letzte Anmerkung stellt eine Überleitung zum zweiten Unterpunkt der Agenda, der Ortsentwicklung, dar.



IV. ORTSENTWICKLUNG

- Einheitlich hat man sich für eine Förderung der sozialen Infrastruktur ausgesprochen, um unter anderem die Schließung der Schulen zu verhindern. Der Supermarkt wird begrüßt, da dieser den innerörtlichen Verkehr entlasten würde. Auch das Gemeindeleben soll aktiviert und mit Projekten und einem neuen Zentrum jenseits der S-Bahn belebt werden. Apotheke und Ärztehaus würden sehr begrüßt werden. Vor allem Mehrgenerationen- sowie Einheimischen-Modelle finden Zuspruch. Fernwärmeanschluss sei zwingend.
- *Anmerkung:* Es wird vorgeschlagen, den Fokus der Diskussion allgemein auf die Ortskernentwicklung zu setzen, da diese im Rückkehrschluss den Verkehr aus dem Ort drängen wird.
- *Anmerkung:* Es besteht Sorge um den S-Bahnhof. Dieser müsse dringend verbessert werden.
- *Anmerkung:* Ein Bürgerhaus wird gewünscht. Ggf. könnte dieses bei einer Westentwicklung realisiert werden.
- *Anmerkung:* „Dahoam im Inntal“ wird als beispielhafte Siedlungsentwicklung vorgestellt. Es solle eine Exkursion dorthin geben.
- Allgemein heißt man Wohnungsentwicklung willkommen. Es sollte Ortsentwicklung vor Ortsumfahrung gehen.

V. BEWERTUNG DER VERANSTALTUNG

Es herrschte eine allgemein rege Diskussion. Trotz vieler z.T. auch unterschiedlicher Interessen zeigte sich jedoch immer wieder Kompromissbereitschaft oder auch Verzicht, um eine Lösung zu finden. Aber auch die „Null-Variante“ wurde nicht abgelehnt, sondern fand begrenzt Zustimmung. Gleichzeitig wurde die Sorge geäußert, was geschehen würde, falls keine Maßnahmen getroffen würden, weshalb letztendlich ein großer Teil der Gruppe zum Handeln tendierte. Die Vertreter der Verbände brachten sich selbst ein, stellten Fragen und kamen teilweise selbst mit eigenen Alternativideen. Insgesamt wurde das Ziel erreicht, die einzelnen Interessensverbände zu informieren und ihnen Gehör und Raum für Austausch zu geben.

Die Verbandsvertreter befürworteten allesamt einen weiteren Austausch nach den Sommerferien.